

Soziale Frühpensionierung gefährdet

Der Nationalrat bleibt dabei: Er will die AHV-Renten der Witwen nicht kürzen und die frühere Pensionierung auch bei kleinen Einkommen ermöglichen. Letzteres ist jedoch auf der Kippe.

Von **Andrea Fischer, Bern**

Es war ein knapper Sieg. Mit nur 7 Stimmen Vorsprung verteidigten Linke und CVP den Nationalratsentscheid aus dem Jahre 2001. Frühpensionierungen sollen auch für weniger gut Betuchte möglich sein. Um die Rentenkürzungen für kleine Einkommen zu verringern, will die grosse Kammer 400 Millionen Franken einsetzen.

Viele Arbeitnehmende seien auf ihre AHV-Rente angewiesen, weil sie über keine gute berufliche Vorsorge verfügten, argumentierte der St. Galler Paul Rechsteiner (SP). Und seine Parteikollegin Christine Goll (ZH) erinnerte daran, dass die geforderten 400 Millionen genau dem Betrag entsprächen, der durch die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre eingespart würde. Von einem Ausbau der Sozialleistungen könne deshalb nicht die Rede sein, doppelte Hansjörg Hassler (GR) nach, einer der wenigen SVP-Politiker, welche die Linke in diesem Vorhaben unterstützen.

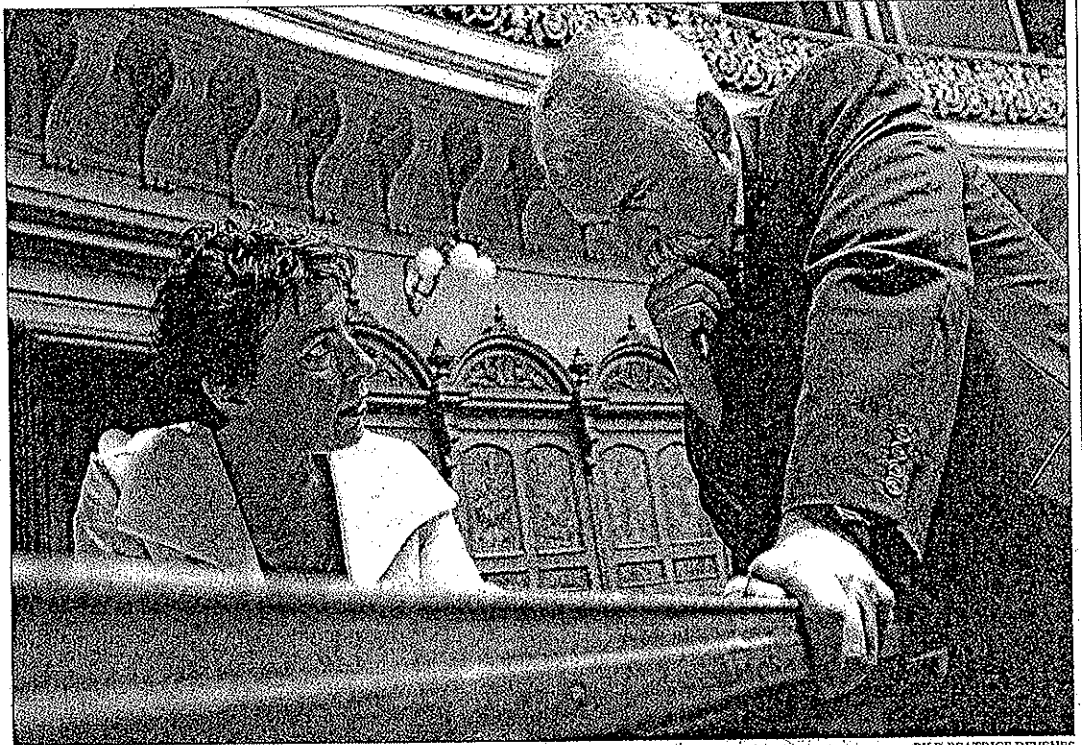


BILD BEATRICE DEVENIS

Wackliger Sieg für die Ratslinke: Christine Goll und Hugo Fasel verteidigten die Renten der kleinen Leute.

Bürgerliche wollen keine Anreize

Eine starke Minderheit von SVP und FDP will jedoch von einer sozialen Abfederung der Flexibilisierung nichts wissen und alle Renten nach dem gleichen versicherungstechnischen Massstab kürzen. Sie erinnerte an die finanziellen Aussich-

ten der Altersvorsorge, die wegen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung nicht gerade rosig seien. Neue Leistungen wären deshalb geradezu widersinnig. Man müsste vielmehr die Beitragszeit der Ver-

sicherten verlängern, statt die Frühpensionierung mit zusätzlichen Mitteln zu fördern, argumentierte der Liberale Serge Beck (VD). Gestützt wird die Minderheit durch den Ständerat. Dieser hat bereits in der Winteression mit klarer Mehrheit beschlossen, für die Frühpensionierung keine Mittel aufzuwerfen. Angesichts des knappen Ergebnisses gestern in der grossen Kammer ist es daher fraglich, ob die 400 Millionen den weiteren Verlauf der Debatte überstehen werden.

Die gleichen Fronten zeigten sich auch in der Diskussion über die Witwenrente. Zwar ist man sich einig, dass nur noch Witwen mit Kindern eine Rente bekommen sollen. SVP und FDP wollen sich jedoch auch hier dem Ständerat anschliessen. Dieser schlug vor, die Witwenrente von heute 80 Prozent einer vollen Rente auf 60 Prozent zu kürzen und gleichzeitig die Waisenrente von heute 40 auf 60 Prozent zu erhöhen. Frauen mit kleinen Kindern hätten dadurch gegenüber heute keine Einbussen, wohl aber jene mit erwachsenen Kindern. Diese Lücke könnten Witwen aber durch eine zusätzliche Erwerbstätigkeit wettmachen, meinte die Zürcher FDP-Nationalrätin Trix Heberlein.

Für die Mehrheit kommt dieser Sparvorschlag jedoch zu früh. Der Arbeitsmarkt sei nach wie vor nicht besonders frauenfreundlich. Vor allem ältere Witwen ohne unterstützungspflichtige Kinder könnten ihr Arbeitspensum nicht ein-

fach erhöhen und würden durch diese Lösung benachteiligt. Mit 93 zu 75 Stimmen schickten Linke und CVP schliesslich diese Rentenkürzung bachab.

Couchepin will Gleichgewicht

Irritiert durch die gefassten Beschlüsse, änderte Sozialminister Pascal Couchepin noch während der Debatte seine Position.

Hatte er anfangs noch die 400 Millionen für die Frühpensionierung unterstützt, so meinte er am Ende, dass sich diese schlecht mit einer gleichzeitigen besseren Unterstützung der Witwen vertragen. Er forderte das Parlament auf, sich für das eine oder das andere zu entscheiden, andernfalls gerate die Revision aus dem Gleichgewicht.

Ein Kompromiss zeichnet sich hingegen bei der Frage der Finanzierung ab. Der Nationalrat entschied sich gestern für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 1 Prozent. Ursprünglich hatte sich die grosse Kammer zusammen mit dem Bundesrat für eine schrittweise Erhöhung um total 1,5 Prozent eingesetzt.

Der Ständerat sah jedoch dafür keine Notwendigkeit und billigte in einem ersten Schritt bloss eine 0,5-prozentige Erhöhung. Klar ist für den Nationalrat aber, dass die Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuerzuschläge vollumfänglich in die AHV-Kasse fliessen sollen. Der Bund ging dabei leer aus.

Kleinverdiener vertröstet

Der Nationalrat senkt die Eintrittsschwelle für die Pensionskasse. Aber nicht sofort, sondern schrittweise. Das begünstigt Kleinverdiener und Teilzeitbeschäftigte.

Von **Christoph Schilling, Bern**

«Dies ist eine Erweiterung der Lohnbasis in homöopathischen Dosen», findet Rudolf Rechsteiner (SP, BS). Sein neues Modell schaffe Gerechtigkeit für Kleinverdiener und Teilzeitbeschäftigte, also vor allem für Frauen. Jede zweite erwerbstätige Frau, so Christine Goll (SP, ZH), sei heute noch von der Pensionskasse ausgeschlossen. Dies soll sich ändern.

Aber nicht, wie auch die SP ursprünglich wollte, indem man einfach die Eintrittsschwelle für die Pensionskasse senkt. Heute kann nur ein Angestellter mit einem Mindestlohn von

25 320 Franken in eine Pensionskasse eintreten. Die Mehrheit der Sozialkommission wollte diese Eintrittsschwelle sofort auf 18 990 Franken senken. Damit erhielten Kleinverdiener laut Goll aber lediglich eine Rente von 80 Franken im Monat. Das Modell Rechsteiner hingegen bringe eine Rente von 270 Franken.

Mit Hilfe der SVP kam Rechsteiner's Vorschlag im Rat mit 91 zu 71 Stimmen durch. Demnach soll die heutige Eintrittsschwelle von 25 320 Franken so lange eingefroren werden, bis der Betrag von heute real 18 990 Franken erreicht ist. So würden die kleinen Einkommen laut Rechsteiner ins Gesetz über die berufliche Vorsorge «hineinwachsen», was zehn bis zwanzig Jahre dauern werde. Vorteil: Die Massnahme koste erst in einigen Jahren etwas. Wegen der Unterdeckung vieler Pensionskassen dürfe man jetzt keine «Schockbehandlung» vornehmen, sagt er. Die SVP unterstützte laut Roland Borer (SVP, ZH) diese Variante, weil sie die Wirtschaft vorerst nicht belaste.

Es ist fraglich, ob die 400 Millionen für Kleinverdiener die Debatte überstehen.